

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 139. Ratssitzung vom 19. September 2012

3103. 2010/216

Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.05.2010: 1. Mai-Fest 2010, Kostenübernahme durch 1. Mai-Komitee für Polizeieinsatz

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den beiden Postulaten 2010/216 und 2010/217 (Protokoll-Nrn. 3103 und 3104).

***Mauro Tuena (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 47/2010): In der Stadt Zürich besteht die Situation, dass Sportclubs den Polizeieinsatz bezahlen müssen. Es kam zu sehr langen Verhandlungen zwischen den grossen Sportclubs wie FCZ und GC und der Polizei, bis man sich auf einen Betrag einigen konnte. Es handelt sich um hohe Beträge, die die Clubs zahlen, wenn der Polizeieinsatz über ein gewisses Mass hinausgeht. Wenn man sich die Veranstaltung zum 1. Mai anschaut, dann handelt es sich dabei um die Veranstaltung, die die höchsten Kosten für die Polizei nach sich zieht. Im Postulat ist die Summe von 720'000 Franken erwähnt. Wir haben kein Verständnis dafür, dass bei diesem Anlass die Polizeieinsätze nicht durch die Veranstalter getragen werden. Natürlich kann man seitens der Gewerkschaften argumentieren, es handle sich um ein friedliches Fest, das mit den Nachdemonstrationen nichts zu tun hat. Bei den Fussballspielen kann man dasselbe behaupten. Wenn es die Fussballspiele nicht gäbe, gäbe es auch die Krawalle nicht. Dasselbe Argument kann man auch für den 1. Mai anbringen. Der Polizeieinsatz wird nicht günstiger, nur weil keine Sachschäden entstehen. Wenn sich die Schäden in den letzten Jahren in Grenzen gehalten haben, dann ist dies auf den massiven Polizeieinsatz zurückzuführen, der entsprechend teuer wird. Ich möchte Sie bitten, im Hinterkopf zu behalten, wie den Präsidenten der Zürcher Fussballclubs dargelegt werden soll, dass sie diese Kosten mittragen sollen, das Komitee des 1. Mai-Anlasses aber nicht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Ich habe Verständnis für die Parallelen, die Mauro Tuena (SVP) gezogen hat. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass Mauro Tuena (SVP) sich nicht besser erkundigt. Die Rechtsgrundlage, die für Sportclubs gilt, ist eine andere als für das 1. Mai-Fest. Dazu kommt, dass die Sportclubs nicht die gesamten Kosten tragen. Im Jahr 2010 hielt sich das Komitee vom 1. Mai-Fest nicht an die Auflagen und wurde verzeigt und erhielt eine Busse. Dem Komitee aber das Fehlverhalten Einzelner anzuhängen ist nicht korrekt. Ansonsten könnte ein Veranstalter für jeden Einzelnen, der eine Veranstaltung stört, zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist in unserem*

Rechtssystem nicht vorgesehen. In den Folgejahren verlief die Zusammenarbeit mit dem Komitee reibungslos. Das Postulat ist aus Sicht des Stadtrates nicht erfüllbar.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Wir möchten niemandem unterstellen, auch nicht den Organisatoren des 1. Mai-Festes, dass man die Gewalt sucht. Wenn man sagt, dass man verhindern möchte, dass es Randalen gibt, muss man mit der Polizei zusammenarbeiten und sich auch überlegen, wie man mit den Auflagen der Stadt umgehen will. Wenn die Auflagen der Stadt mit Füßen getreten werden, zeigt das, dass man sich nicht ernsthaft darum bemüht, die Ausschreitungen einzudämmen. Genau das passierte in diesem Fall und muss Konsequenzen haben. Wir sind der Ansicht, dass man die Angelegenheit mit einer gewissen Ernsthaftigkeit hätte prüfen müssen. Die Frage, ob man sich finanziell beteiligen muss, wenn man sich nicht an die Auflagen hält, hätte in diesem Zusammenhang gestellt werden müssen. Die Folgejahre zeigen, dass es auch anders geht. Man hätte sich auch 2010 an die Bewilligungen halten und mit der Stadt zusammenarbeiten können. Damals wollte man das offenbar nicht. Offensichtlich wurde diese Zusammenarbeit erst möglich, als die Stadtpolizei mit massivem Einsatz eingriff. Dies zeigt, dass das 1. Mai-Fest bei gutem Willen problemlos ablaufen kann. Deshalb beantragen wir, dass auch nach zwei Jahren die Kostenüberwälzung versucht wird. Es ist uns klar, dass das juristisch nicht einfach ist, aber man muss es immerhin versuchen. So schnell ist die Sache noch nicht verjährt.

STR Daniel Leupi: Ich möchte Michael Baumer (FDP) auf eine gewisse Absurdität hinweisen. Einerseits sagst du, man müsse zusammenarbeiten, was in den Folgejahren auch funktionierte. In den Folgejahren konnten wir genau die Betriebszeiten im Fest erlauben, die 2010 nicht erlaubt wurden und es kam zu keinen Schäden. Wo ist da der Zusammenhang zwischen dem Nichteinhalten und der längeren Betriebsdauer? Es zeigt offensichtlich, dass es keinen Zusammenhang gibt zwischen einem Fest und Einzelnen – oder in diesem Fall Hunderten – die Krawall machen wollen. Diese Argumentationen waren teilweise absurd.

Peter Küng (SP): Ich habe kein Verständnis für die beiden Postulate. Mauro Tuena (SVP) sagte, es gäbe keinen Grund das 1. Mai-Komitee und die Veranstalter von Sportanlässen anders zu behandeln. Stadtrat Daniel Leupi hat dazu bereits einiges ausgeführt. Erstens findet das 1. Mai-Fest auch ohne Komitee statt. Wenn es einen 1. Mai gibt ohne Komitee, dann ist das kein Fest, das mir oder Ihnen besser gefallen wird. Das Komitee sorgt dafür, dass es in einem gewissen Rahmen stattfindet. Mich wundert, dass die FDP eine politische Veranstaltung verhindern will, indem die Kosten überwältzt werden.

Marcel Schönbächler (CVP): Beim Lesen des Postulatstextes geht es um die Rechnung von Polizeieinsatzkosten, die bei einem solchen Anlass entstehen. Einer solchen Verrechnung wird die CVP nicht zustimmen. Die Polizei ist für eine gewisse Sicherung da und wird dafür auch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt. Der Vorstoss scheint gegen das 1. Mai-Komitee gerichtet zu sein. Wenn die SVP schreibt, es

solle beim Polizeieinsatz das, was über das Normale hinausgehe, verrechnet werden, könnte man prüfen, ob diesbezüglich eine Rechtsgrundlage geschaffen werden könnte. Dabei sollte man im Hinterkopf behalten, dass hinter dem 1. Mai-Fest kein wirtschaftlich tätiger Verein steht und die Kosten entsprechend reduziert verrechnet werden sollten. Die CVP stellt deshalb einen Textänderungsantrag, der folgendermassen lautet: «der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem 1. Mai-Komitee die über das normale Mass hinausgehenden Polizeieinsatzkosten der Stadtpolizei für die Einsätze im Zusammenhang mit den 1. Mai-Aktivitäten in Rechnung gestellt werden können.» Ich möchte betonen, dass ich weiss, dass es schwierig ist. Aber ich denke, es ist legitim, zu überprüfen, ob es eine Rechtsgrundlage geben könnte. Die Beweisführung, ob diejenigen auch die Randalen zu verantworten haben, die für das Fest verantwortlich sind, ist schwierig. Das ist mir bewusst. Im Hinblick auf andere Veranstaltungen ist es legitim, dies zu überprüfen.

Samuel Dubno (GLP): Die beiden Vorstösse lehnt die GLP-Fraktion ab. Mich wundert der Vorstoss der FDP, da es gesellschaftsliberale Grundsätze, nämlich die Herrschaft des Gesetzes, gibt. Zwei fundamentale Prinzipien sind, dass erstens solche Regelungen nicht rückwirkend erlassen werden und zweitens solche Regelungen allgemein und abstrakt und nicht gezielt auf jemanden erlassen werden. Mit einem solchen Vorstoss verstösst die FDP gegen zwei liberale Prinzipien.

Christoph Spiess (SD): Es ist unbestritten, dass es ein Ärgernis ist, dass es am 1. Mai immer wieder zu Ausschreitungen kommt. Solche Vorstösse gab es schon vor 20 oder 30 Jahren. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Kosten auferlegt werden, die direkt darauf zurückzuführen sind, dass ein Bewilligungsinhaber seine Auflagen nicht erfüllt. Wenn man sich überlegt, wie dies beim SVP-Vorstoss der Fall ist, dass Polizeieinsatzkosten, die bei einer politischen Demonstration entstehen, dem Veranstalter auferlegt werden, dann geht das zu weit. Dies würde dazu führen, dass niemand mehr das Risiko auf sich nehmen kann, eine grössere politische Veranstaltung im öffentlichen Raum durchzuführen. Als Veranstalter hat man keine Möglichkeit zu kontrollieren, wer an eine solche Veranstaltung kommt. Man kann man die Randalierer nicht fernhalten. Diese Störungen können von irgendeiner Seite kommen. Sauber zuordnen kann man die Verantwortlichen für diese Störungen nicht. Dies würde eine Aufhebung des Demonstrationsrechts bedeuten, da dieses Risiko niemand eingehen kann. Solche Veranstaltungen können nicht mit Sportanlässen verglichen werden. Bei kommerziellen Anlässen oder Anlässen, die dem Freizeitvergnügen dienen, und immer auch einen kommerziellen Anstrich haben, ist dies eher zu verantworten. Bei solchen Anlässen will jemand ein Geschäft machen, das risikobehaftet ist. Dieses Risiko soll er auch tragen können. Der Vorstoss der SVP ist für uns auch mit der geänderten Fassung unverdaulich, weil weiterhin die Frage besteht, wie entschieden wird, was bei einem grösseren Einsatz normal ist und was nicht. Wir von den SD unterstützen den Vorstoss der FDP, derjenige der SVP ist ein Rundumschlag gegenüber der politischen Meinungsäusserungsfreiheit.

Walter Angst (AL): Die AL bittet, im Hinblick auf weitere Vorstösse der SVP und FDP zu unterscheiden zwischen dem 1. Mai-Komitee und dem 1. Mai-Fest und dem 1. Mai

4 / 4

Komitee und dem 1. Mai Fest. Künftig sollten die Bindestriche in den Vorstössen korrekt angebracht werden.

Mauro Tuena (SVP): *Wenn STR Daniel Leupi unseren Postulatstext genau gelesen hätte, wüsste er, dass dort steht: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem 1. Mai-Komitee die Polizeieinsatzkosten der Stadtpolizei des Einsatzes im Zusammenhang.» Wir wissen, dass die Rechtsgrundlage so nicht gegeben ist. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt Zürich eine Vorreiterrolle übernahm, als es darum ging, den Sportclubs die Polizeikosten zu verrechnen. Nachdem der 1. Mai-Einsatz vor allem die Stadt Zürich betrifft und insgesamt 1.4 Millionen Franken nach sich zieht, halte ich auch dort eine Prüfung für angebracht. Ich habe mir sehr gut überlegt, wie ich den Postulatstext formuliert habe. Es geht darum, zu schauen, wie diese Verrechnung umgesetzt werden könnte. Ich erhoffe mir vom Polizeidepartement und vom Zürcher Stadtrat, dass, wenn das Postulat durchkommt, diese Prüfung auch entsprechend stattfindet. In der Begründung zum Postulat behaupte ich nicht, dass den Fussballclubs sämtliche Polizeikosten auferlegt werden. Ich habe es genauso geschrieben, wie es STR Daniel Leupi gesagt hatte. Ich nehme den Änderungsvorschlag von Marcel Schönbächler (CVP) entgegen. Es hat nichts mit Liberalität zu tun, wenn man dem Steuerzahler jährlich 1.4 Millionen Franken für einen einzigen Polizeieinsatz auferlegt.*

Michael Baumer (FDP): *In unserem Postulat geht es darum, dass man den Organisatoren des Fests diejenigen Kosten auferlegt, die wegen des Nichteinhaltens der Festbewilligung entstanden sind. Es geht nicht darum, dass Demonstrationskosten oder gar die gesamten Polizeikosten überwältzt werden sollen, sondern lediglich diejenigen Kosten, die durch das Nichteinhalten der Bewilligung entstehen. Dabei handelt es sich um das Verursacherprinzip, das ebenfalls liberalen Grundsätzen entspricht. Ich habe den Eindruck, dass es am Willen fehlt, den Rechtsstaat umzusetzen. Diesen Willen wollten wir Ihnen mit dem Postulat auf den Weg geben.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem 1. Mai-Komitee die über das normale Mass hinausgehenden Polizeieinsatzkosten der Stadtpolizei ~~des Einsatzes in~~ für die Einsätze im Zusammenhang mit den 1. Mai-Aktivitäten ~~2010 in der Grössenordnung von 720'000 Franken~~ in Rechnung gestellt werden können.

Das geänderte Postulat wird mit 43 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat